

GR Dr. Claudia UNGER

16.11.2023

ABÄNDERUNGSANTRAG

Betreff: Abänderungsantrag zum TOP 2 - Umbenennung Kernstockgasse

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die grundsätzliche Haltung der ÖVP zum Thema der Straßenumbenennungen ist, dass nicht die belasteten Namen getilgt, sondern die solcherart genannten Personen kontextualisiert und ihre negativen Taten bzw. Geisteshaltungen dargestellt werden.

Damit wird ein kritisches gesellschaftliches Bewusstsein, das demokratiepolitisch wichtig ist, erzeugt. Die ÖVP hält deshalb das Ausblenden und Vergessen von Personen, die sich schuldig gemacht haben, nicht für zielführend, sondern orientiert sich an der HistorikerInnenkommission, in der jahrelang ExpertInnen beraten und Informationen aufbereitet haben. Mit einem Gemeinderatsbeschluss wurde die Anbringung von Zusatztafeln beschlossen und seitdem schrittweise umgesetzt.

Die aktuelle Vorgehensweise schlägt einen anderen Weg, nämlich den der Umbenennung ein, was neben der Dimension des kollektiven Bewusstseins weitreichende Konsequenzen hat – vor allem für die BürgerInnen, die in den betroffenen Straßen wohnen. Der Aufwand nach den Umbenennungen ist für Privatpersonen und Firmen nur unzureichend gedeckt, die Hilfestellungen bei den nötigen Amtswegen ebenso. Auch im jüngsten Umbenennungsfall, der Kernstockgasse, beklagen AnrainerInnen, nicht ausreichend informiert und eingebunden worden zu sein.

Um bei der aktuellen Vorgangsweise wenigstens die betroffenen BürgerInnen bestmöglich zu unterstützen, stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Für die Umbenennung von Straßen und Plätzen wird eine verpflichtende Befragung der WohnungseigentümerInnen eingeführt, deren Ergebnis dann auch bindend ist.